



«Journalismus stellt Fragen und schweigt nicht.» Medienschaffende während einer Demonstration 2014.

Foto: REUTERS/Umit Bektas

Türkei: Solidarität mit unabhängigen Journalist*innen

Mit widerständiger Kraft für Medienfreiheit einstehen

«Was sich in den letzten Jahren verändert hat? Alles ist schlimmer geworden», berichtet Serdar Altan in einem Gespräch mit dem SOLIFONDS. Serdar Altan ist Co-Vorsitzender des Vereins für Medienschaffende Dicle Firat Gazeteciler Dernegi (DFG) aus Diyarbakir/Amed. Die freie Presse in der Türkei ist seit 2016 massiver staatlicher Repression ausgesetzt. Die damals 173 unabhängigen Medien wurden seither verboten und zwangsgeschlossen. Von den heute rund 700 Medien sind über 95 Prozent staatlich kontrolliert. Im Pressefreiheitsindex von «Reporter ohne Grenzen» liegt die Türkei auf Platz 153 von 180. Die Covid-19-Pandemie hat die Situation weiter verschärft. Mit dem neuen Lock-

down seit Ende April hat das Regime jegliche Video- oder Audioaufnahmen von Polizeieinsätzen im öffentlichen Raum während der Zeit des Ausnahmezustands verboten. Die staatliche Kontrolle weitet sich ins Internet aus. Webseiten sowie Profile in den sozialen Medien werden von den Behörden überwacht und immer wieder gesperrt. Journalist*innen, die einen Beitrag auf Twitter oder Facebook teilen, können von heute auf morgen ins Gefängnis kommen. Allein im April wurden die Webseiten zweier unabhängiger Nachrichtenagenturen, Mezopotamya Ajansi und Jin News, rund 19-mal gesperrt. Doch die unabhängigen Medienschaffenden geben nicht auf. «Die Regierung

verbiets unsere Nachrichtenagenturen – wir gründen neue. Sie sperrt unsere Webseiten – wir richten neue ein», hält Serdar Altan fest. «So lange es Medienschaffende und insbesondere junge Journalistinnen und Journalisten gibt, die weiterhin für Medienfreiheit einstehen, bleiben wir zuversichtlich. Wir stehen hinter unserer Arbeit und berichten faktentreu über die Geschehnisse.»

Damit unabhängige Medienarbeit trotz Repression weitergeführt werden kann, ist Solidarität unter Journalist*innen wichtig. Viele Medienschaffende befinden sich im Gefängnis, gemäss dem Verein DFG sind es aktuell siebzig im ganzen Land. Der DFG unterstützt sie während und nach den Gefängnisstrafen, er organisiert Rechtshilfe für sie und sorgt dafür, dass ihre Angehörigen sie besuchen können. Damit dies weiterhin möglich ist, unterstützt der SOLIFONDS den Verein für Medienschaffende DFG und seinen Kampf für freie, unabhängige Medien und für Demokratie in der Türkei.

Danke für Ihre Solidarität!

«Wir werden weiterkämpfen»

Seit dem Militärputsch in Myanmar am 1. Februar protestieren Millionen Menschen im Land gegen den Putsch und das Militärregime. Ganz vorne dabei sind die Gewerkschaften: Mit ihren Streiks haben sie die Proteste massgeblich vorangetrieben. Das Gesundheitspersonal trat gleich am Tag nach dem Putsch in den Streik, ihm folgten weitere Berufsgruppen, darunter die Textilarbeiterinnen.

Die Antwort des Regimes ist brutal. Demonstrierende werden verhaftet, die Sicherheitskräfte schießen in die Menschenmengen. Mehrere Hundert Protestierende wurden getötet. Gewerkschaften sind wieder verboten. Trotzdem halten die Proteste unvermindert an. Der SOLIFONDS hat eine solida-

rische Unterstützung an die Streikkasse der Gewerkschaften geleistet, um diese in ihrem Widerstand zu stärken.

Im Nachfolgenden drucken wir einen Auszug aus einem Interview, das die globale Branchengewerkschaft IndustriAll mit Khain Zar, Präsidentin der Industriearbeiter*innen-Gewerkschaft in Myanmar (IWFM), geführt hat.

«Niemand will zurück in die dunklen Zeiten»

«Hunderttausende haben an den friedlichen Demonstrationen im ganzen Land teilgenommen. Die Bewegung zivilen Ungehorsams (CDM) bringt Menschen aus ganz Myanmar zusammen, unabhängig von ihrer ethnischen, sozialen oder geografischen Herkunft, dabei sind Arbeiter*innen aus verschiedenen Sektoren wie Transport, Energie, Bergbau, Textilindustrie, Bau oder aus dem Gesundheitswesen. Die Gewerkschaften waren sehr aktiv und unsere Mitglieder aus der Textilindustrie haben an den Protesten teilgenommen.

Führungspersonen aus den Gewerkschaften sind zu den Zielscheiben des Militärs geworden. Die Polizei hat Haftbefehle für zwanzig gewerkschaftliche Führungspersonen erlassen. Arbeitgeber werden unter Druck gesetzt, dem Militär Informationen über Gewerkschafter*innen zu geben, und viele Gewerkschaftsführungspersonen sind gezwungen, sich zu verstecken.

Wir werden weiter gegen den Militärputsch kämpfen, weil wir wissen, wie grausam eine Militärherrschaft ist. Wir hatten acht Jahre mit gewissen Freiheiten und sahen, wie sich das Land entwickelt hat. Niemand will zurück in die dunklen Zeiten. Es ist klar, dass es keine Zukunft, keine Freiheit und keinen Wohlstand unter der Militärherrschaft gibt.»



Protest der Bewegung für zivilen Ungehorsam gegen den Militärputsch.

Foto: IWFM

Afrokolumbianische Gemeinschaften an der Pazifikküste

Karawane für den Frieden

Trotz des Friedensabkommens zwischen der FARC-Guerilla und der kolumbianischen Regierung hat die Gewalt in der Küstenregion im Departement Cauca nie aufgehört. Morde, Entführungen, Drohungen, Einschüchterungen und Vertreibungen gehen bis heute weiter. Im März hatten Gefechte zwischen Militärs und FARC-Dissidenten dazu geführt, dass 6'000 Personen afrokolumbianischer Gemeinschaften zwischen die Fronten gerieten und von Vertreibung bedroht waren. 44 Familien flohen in die Bezirkshauptstadt Timbiquí, kehr-

ten aber aufgrund der inadäquaten Unterbringung und ausbleibenden Hilfe trotz der ungeklärten Sicherheitslage in ihre Dörfer zurück. Dies war bereits der zweite Fall von massiver Vertreibung in diesem Jahr.

Damit die kontinuierliche humanitäre Krise in der Pazifikregion als Folge des bewaffneten Konflikts zu einem Ende geführt wird, reisten im April über 200 Personen aus kolumbianischen und internationalen Organisationen den Flüssen der Pazifikküste Kolumbiens entlang. Diese Menschenrechtskarawane knüpf-

te an den «Pakt für das Leben und den Frieden» an, den die katholische Kirche, zivilgesellschaftliche Organisationen und die staatliche Verwaltung im September 2020 unterzeichnet hatten. Die Koordination ethnischer Basisorganisationen (Cococauca), die ethnisch-territoriale Konferenz für den Frieden (METP) und das Apostolische Vikariat von Guapi organisierten die Menschenrechtskarawane, damit sich weitere Sektoren der Gesellschaft für den Frieden verpflichten, und forderten die illegalen bewaffneten Akteure zum Dialog auf.



In den solidarischen Küchen wird täglich eine warme Mahlzeit verteilt.

Foto: MTST

Obdachlosenbewegung MTST in Brasilien

Solidarische Küchen gegen den Hunger

In Brasilien haben die Pandemie und die katastrophale Regierungspolitik verheerende Auswirkungen. Das Gesundheitswesen steht am Kollaps, die Zahl der Neuinfektionen und der Verstorbenen ist erschreckend hoch. Zahllose Menschen haben im Verlauf des vergangenen Jahres ihr Einkommen verloren, viele leiden an Hunger.

Seit Beginn der Pandemie sind es die sozialen Bewegungen, die Solidaritätsarbeit leisten: mit Nahrungsmittelpaketen und Hygieneartikeln für mittellose Familien, mit Gesundheitsbrigaden, die über die Pandemie und über Schutzmassnahmen informieren. So hat beispielsweise die Obdachlosenbewegung MTST bereits in der ersten Welle der Pandemie 20'000 Familien mit Lebensmittel- und Hygienepaketen unterstützt. Weiter hat sie Whatsapp-Hotlines für Rechtshilfe, physische und psychische Gesundheit eingerichtet. In einer Situation der Ungewissheit und Isolation, in welcher Versammlungen nicht mehr möglich waren, waren diese Mittel enorm wichtig, um den Menschen Mut zu geben, den Zusammenhalt der Bewegung zu sichern und als Bewegung präsent zu bleiben. Vierzig Frauen aus den Favelas wurden angeleitet, Hygienemasken zu nähen. So hatten sie eine Erwerbsmöglichkeit und produzierten 110'000 Hygienemasken, welche die Bewegung verteilte. Via Whatsapp und soziale Medien hat die Obdachlosenbewegung ausserdem Gesundheitsberichte verschickt und auf diese Weise gegen Fake News der Regierung informiert.

Stärkung des Widerstands

Bereits in der ersten Covid-19-Welle erstellte die MTST kollektive Küchen, um Mahlzeiten zu verteilen. Dieses System der solidarischen Küchen baut die MTST derzeit weiter aus. In allen Bundesstaaten soll mindestens eine Küche entstehen, die täglich eine oder mehrere Mahlzeiten ausschenkt. Die Küchen sind in armen Vierteln öffentlich und niederschwellig zugänglich.

Mit den solidarischen Küchen leistet die Obdachlosenbewegung einen Beitrag an die dringend notwendige Bekämpfung von Hunger. Und mehr: Die Küchen sind gleichzeitig ein Ort, wo Basisarbeit geleistet wird. Die Besucher*innen erhalten Informationen über die Gesundheitssituation, über ihre Rechte, über die biologische Produktion der Nahrungsmittel sowie über die politische Situation. Wo möglich, werden Nahrungsmittel in Stadtgärten angebaut. Die vom SOLIFONDS unterstützten Küchen sind Teil der Organisationsarbeit für die Stärkung des Widerstands gegen Bolsonaros faschistische Politik und zum Aufbau von Alternativen.

Bitte dreimal unterschreiben

Aktuell sind gleich drei vom SOLIFONDS unterstützte Petitionen im Umlauf. Als Beilage zu diesem Bulletin finden Sie eine Petition des Netzwerks «Widerstand am Tellerand», zu welchem auch der SOLIFONDS gehört. In der Folge einer gut besuchten Tagung Anfang 2020 wurde die Petition «**55 Stunden sind zuviel!**» erarbeitet mit der Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen für landwirtschaftliche Angestellte.

Eine weitere, von MultiWatch lancierte und vom SOLIFONDS miterarbeitete Petition fordert: «**Glencore muss Menschenrechte einhalten!**» Die Petition wurde zum Zeitpunkt der Glencore-Generalversammlung Ende April 2021 lanciert, als das Amt des CEO von Ivan Glasenberg an Gary Nagle übergeben wurde. Die Petition finden Sie unter: www.multiwatch.ch

Weiter bitten wir Sie um die Unterzeichnung der **Petition zur Freilassung der in Indien inhaftierten Gewerkschafterin und Anwältin Sudha Bharadwaj**, die der SOLIFONDS seit langem kennt. Seit bald drei Jahren ist sie im Gefängnis, die Anklage basiert auf fabrizierten «Beweisen», ein Prozess steht aus. Nun ist Sudha Bharadwaj an Covid-19 erkrankt. Wir fordern ihre rasche Freilassung sowie die der Mitangeklagten. Die Petition finden Sie auf: www.solifonds.ch/petition

Gesucht: compañeras/os

Der SOLIFONDS braucht mehr Unterstützerinnen und Unterstützer! Damit können wir rasche Solidarität an Basisbewegungen leisten, wo sie dringend nötig ist.

Helfen Sie uns, compañeras und compañeros des SOLIFONDS zu finden! Diese neuen Unterstützer*innen bezahlen einen jährlichen solidarischen Beitrag und unterstützen auf diese Weise unsere Solidaritätsarbeit mit emanzipatorischen Bewegungen im globalen Süden.

Mehr dazu:

www.solifonds.ch/companera

IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, 8005 Zürich
Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7

Redaktion: Aurora García, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co₂-neutral)